

Modernisierung des Aktienrechts

Es geht voran

BDI: weithin sinnvoll und praxisnah

Zur geplanten Verabschiedung des Gesetzes zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG) im Deutschen Bundestag äußerte sich jetzt BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf: "Mit den Änderungen des Aktienrechts wird die Organisation und Durchführung von Hauptversammlungen erleichtert." Mit den künftig ermöglichten Online-Hauptversammlungen seien AGs beispielsweise nun in der Lage, ihre Aktionäre noch stärker in Unternehmensentscheidungen einzubinden. Die bisherigen Ergänzungen des Gesetzentwurfs durch den Rechtsausschuss des Bundestags gingen zwar grundsätzlich in die richtige Richtung, reichten jedoch ebenso wie der ursprüngliche Gesetzentwurf nicht aus, um Schädigungen von Unternehmen und Aktionären durch >Berufskläger< zu verhindern. Aber die meisten Fraktionen kündigten nach der Bundestagswahl weitere Reformen in diesem Bereich an und dazu bot Schnappauf die



Werner Schnappauf

Mithilfe des BDI an: "Die Industrie hat in ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf weitergehende Vorschläge zur Beschränkung des aktienrechtlichen Klagegewerbes gemacht und ist auch offen für andere Vorschläge."

Eine der Verbesserungen, die die Beratungen im Bundestag gebracht haben, sei unter anderen die aus der Reform des GmbH-Rechts übernommene >Neuregelung zur verdeckten Sacheinlage<. So könnten Aktiengesellschaften in Zukunft auch die Beschlussfeststellungen in der Hauptversammlung sinnvoll abkür-

zen und so das Unternehmen entlasten. Beim Thema >Anfechtungsklagen< sehe der BDI allerdings noch Nachbesserungsbedarf, da der Gesetzgeber aus der Sicht Schnappaufs "...offensichtlich aufgrund der zu Ende gehenden Wahlperiode keine umfassenderen Maßnahmen zur Eindämmung missbräuchlicher Anfechtungsklagen..." mehr habe erarbeiten können.

Theo Kersche